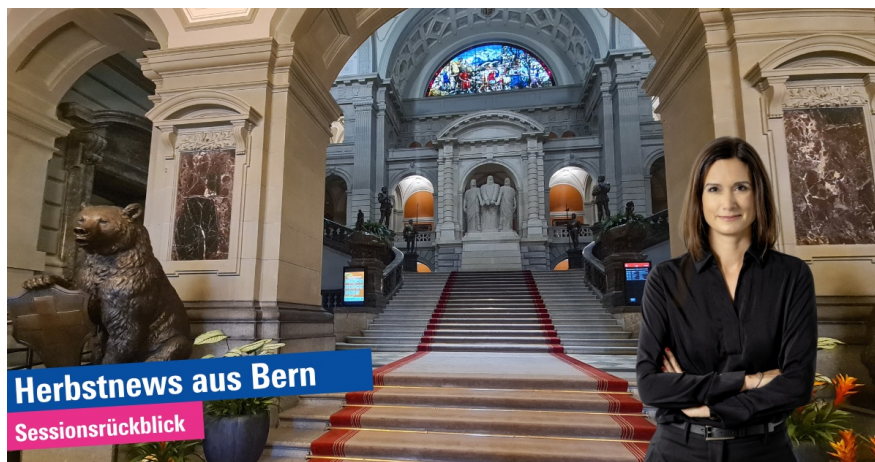


Newsletter Nr. 3 - 2023



Herbstsession 2023

Das Ende der Herbstsession 2023 bedeutet für uns 246 Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch das Ende der vierjährigen Legislatur. Es war eine Legislatur, welche im Dezember 2019 für mich in einer komplett neuen Umgebung im Bundeshaus gestartet hat. Ich suchte meinen Platz im Saal, freute mich über die ersten Kolleginnen und Kollegen, lernte, wählte den Gesamtbundesrat und feierte auch den Start des neuen Lebensabschnittes in Bern.

Es folgte sodann das Einlesen in mein erstes Geschäft, für welches ich in meiner Fraktion verantwortlich war: Es war die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten». Wenn ich damals gewusst hätte, was mir alles noch in den kommenden vier Jahren in diesem Thema bevorstehen würde, hätte ich wohl ein dezidierteres Votum gehalten. So stand ich am Mittwoch, 11. März 2020 zum ersten Mal als Nationalrätin nervös am Rednerpult. Was folgte, wissen wir auch: Vier Tage später wurde die Session abgebrochen. Die Sitzungen führten wir nach Wiederaufnahme der Debatten vorerst im klinischen BEA-Umfeld weiter, Corona dominierte unser Leben und schränkte unsere Möglichkeiten stark ein. Covid-19 war die erste von zahlreichen Krisen, die uns nachfolgend erschütterten und zuweilen auch ungläubig mit der Einsicht zurückgelassen haben, dass nichts für sicher ist in unserem Leben. Es sind leider noch immer Angriffskriege möglich auf unserem Kontinent. Es gibt Viren, deren Verbreitung kaum kontrollierbar sind. Es gibt Abhängigkeiten, die uns vor Augen führen, dass die Schweiz im Alleingang nicht für das Wohlergehen ihrer Bevölkerung sorgen kann. Und für all diese Herausforderungen braucht es Entscheide, die gefällt werden müssen. Dafür wurde ich vor vier Jahren gewählt. Das ist meine Aufgabe und mein Auftrag in Bern: Ich wünsche mir, dass ich mich weitere vier Jahre für unser Land engagieren darf. Ich hoffe aber auch, dass künftige Krisen nicht in der gleichen Kadenz, wie wir es die vergangenen vier Jahre erleben mussten, auftreten werden. Es wäre für unsere Demokratie und unser Land notwendig, in eine Phase übergehen zu könnten, in der die grössten Herausforderungen für unsere Bevölkerung in einem politisch stabilen und überlegten Umfeld gefällt werden können.

Danke, wenn Sie mir dafür am 22. Oktober 2023 wieder das Vertrauen aussprechen. So werde ich Sie auch in Zukunft nach jeder Session mit einem kleinen Rückblick mit meinem Newsletter bedienen können.

Alles Gute und liebe Grüsse

Maja Zivkovic

Mami werden als Parlamentarierin - wie steht es um die Mutterschaftsentschädigung?

Wir haben in dieser Session eine Gesetzesgrundlage verabschiedet, die viel zur Anerkennung von Frauen beiträgt, welche während der Ausübung ihres Parlamentsmandates ein Kind gebären. Gemäss geltendem Recht endet bei Mutterschaft der Anspruch auf Entschädigung am Tag der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit, unabhängig vom Beschäftigungsgrad.

Als Erwerbstätigkeit gilt auch ein Parlamentsmandat. Dies hat zur Folge, dass eine Parlamentarierin die Mutterschaftsentschädigung auch für ihre hauptberufliche Tätigkeit verliert, wenn sie während des Mutterschaftsurlaubs - auch nur vereinzelt - an Sitzungen oder Abstimmungen des Parlamentes teilnimmt.

Dieser Umstand hindert eine vom Volk gewählte Parlamentarierin daran, ihr politisches Mandat erfüllen zu können. Wir haben entschieden, dass dies geändert werden muss. Eine Parlamentarierin soll neu ihren Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung für ihre berufliche Tätigkeit nicht verlieren, wenn sie während des Mutterschaftsurlaubes an Rats- und Kommissionssitzungen des Parlamentes auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene teilnimmt, an denen keine Stellvertretung vorgesehen ist. Das ist ein grosser Fortschritt. Mich wird diese Änderung nicht mehr treffen, doch für alle nach mir folgenden Frauen, die im Amt Mami werden, bin ich sehr froh für diese Lösung. Es gibt - so auch in diesem Geschäft - Mehrheiten, die über alle Parteien zu finden sind.

Tierisches aus dem Bundeshaus, von Schnecken, Gänsen und Leoparden

Es geht ab und zu wirklich auch lustig zu und her im Rat. Wenn der ganze Saal lacht, dann zeigt dies auf, dass wir einander wirklich ab und zu gut zuhören und auch gegenseitig unterstützen. Mein Tessiner Kollege Bruno Storni (SP) forderte mit einer Motion, dass auf Verordnungsstufe der Bundesrat die Grundlage schaffen muss, dass die Schneckenzucht zur Landwirtschaft zählen und die Schnecken auch als Nutztiere gelten sollen. Die Schnecken wären ein Zweig der Landwirtschaft, der sich weltweit am Entwickeln wäre. Trotz ablehnender Haltung des Bundesrates kann Storni einen Erfolg feiern - die Motion wird deutlich angenommen. Storni wird sich freuen, da nun die Erzeugung dieses «köstlichen Lebensmittels», dessen Verzehr «eine wertvolle kulinarische Tradition» darstellt, nicht mehr behindert wird. Vorausgesetzt, dass auch der Ständerat zustimmen wird - ob die zweite Kammer auch so viel Freude an der Schneckenzucht hat, wird sich zeigen.

Es wurde auch tierisch bei der Debatte über die Motion bezüglich der Gänseleber. Die von Martin Haab (SVP) eingereichte Motion zur Einführung eines Importverbots für tierquälerisch erzeugte Stopfleber löste bei den Westschweizer Kolleginnen und Kollegen einen Sturm der Entrüstung aus. Ada Marra (SP) aus dem Kanton Waadt betonte, dass sich «die Westschweizer auch nicht in das Apfelmus der Deutschschweizer einmischen» und fragte Haab, ob es ihn nicht störe, «dass Sie sich in die kulinarischen Traditionen der Minderheiten im Land einmischen»? Haab entgegnete kurz, dass es für ihn eine ethische

Frage sei. Immer wieder wurde klar, dass es in dieser Frage einen echten kulturellen Unterschied besteht zwischen der Romandie und der Deutschschweiz. Die Motion wurde im Nationalrat an der Frühlingsession zum ersten Mal behandelt und auch überwiesen. Nachdem der Ständerat im Sommer darüber beraten hat, und einen Kompromissvorschlag eingebracht hatte, der eine "Deklarationspflicht für Erzeugnisse aus der Stopfmast von Gänsen und Enten nach dem Beispiel der landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung" fordert, kam diese Vorlage zum zweiten Mal nun in den Nationalrat. Mit dieser Ergänzung kann der Konsument in Kenntnis der Herstellungsmethode dieses Lebensmittelprodukts selbstverantwortlich entscheiden, ob er dieses kaufen (und konsumieren) möchte oder nicht. Ich war selber schon dabei, als die Romands die Gänseleber zu einem Apéro genossen hatten. Ich habe für die Apéro-Kultur gestimmt. Auch hier setze ich lieber auf die Eigenverantwortung als auf Verbote und mag den Romands auch künftig ihre Gänseleber zum Apéro oder als Brotaufstrich gönnen.

Die Leoparden beschäftigen uns nun schon seit längerem - mich insbesondere seit Ende Januar auch sehr. In der ganzen Diskussion dürfen wir die 96 Leopard 1 Panzer in Italien nicht mit den eingemotteten Leopard 2 Panzern in der Ostschweiz vergleichen. Nachdem wir im Nationalrat die Ausserdienststellung von 25 Leopard 2 Panzern im Juni im Rahmen der Armeebotschaftsberatung beschlossen haben, folgte in der Herbstsession nun auch der Ständerat. Ich bin wirklich sehr froh, dass auch der Ständerat diesen Antrag unterstützt hat. In diesem Kontext hat mich nun diese Tage etwas sehr berührt. Ich erlebte die letzten drei Tage der Session nicht in Bern mit. Ich durfte in meiner Funktion als 2. Vizepräsidentin des Nationalrates an der Europäischen Konferenz der Parlamentspräsidenten in Dublin unseren Nationalratspräsidenten vertreten. Sowohl Martin Candinas als auch Eric Nussbaumer als 1. Vizepräsident mussten in Bern die Session gut zu Ende leiten. Zurück zu meinem Aufenthalt und der Konferenzteilnahme in Dublin. Am Mittwochabend beim Empfang habe ich mich beim Parlamentspräsidenten der Ukraine, Herrn Ruslan Stefantschuk, vorgestellt. Er hat sofort gestrahlt und sich bei mir, resp. natürlich der Schweiz, für den Entscheid für die 25 Leopard 2 Panzer bedankt. Dies zeigt, dass unsere Politik auch ausserhalb wahrgenommen wird.

Einführung einer Regulierungsbremse

Seit Jahrzehnten diskutieren wir in unserem Land über das Problem der Überregulierung und die dadurch entstehenden Kosten. Gemäss Bundesrat reichen diese von 10 bis zu 50 Milliarden Franken - der Handlungsbedarf ist daher, zumindest in der Theorie, unbestritten. Doch sobald es konkret wird, passiert das Gegenteil. In jeder Session beschliesst das Parlament mehr Regulierung, die Kosten - gerade für unsere KMU - nehmen ständig zu. Wer in diesem Land etwas Neues schaffen will, wird behindert durch die immer stärkere Regulierungsdichte.

Die Regulierungsbremse basiert auf einem ähnlichen Grundgedanken wie die bewährte Schuldenbremse: Das Parlament wird durch einen sinnvoll ausgestalteten Mechanismus gezwungen, sich selbst zu beschränken. Konkret forderten wir, dass bei Vorlagen, die wir im Parlament beraten, ein qualifiziertes Quorum erreicht werden muss, wenn die Regulierungsfolgen besonders gross sind. So müssten neu mindestens 101 Personen im Nationalrat einer Regulierung zustimmen, wenn diese mehr als 10 000 Firmen betreffen oder über 100 Millionen Franken an Kosten verursachen würde. Diese parlamentarische Hürde

wäre nichts Neues, sondern wird bereits erfolgreich bei der Schuldenbremse eingesetzt. Mit dieser Bremse sollen die unhaltbaren Regulierungskosten eingedämmt und Produktivitäts- und Wettbewerbsverluste vermieden werden.

Schliesslich gehört es auch zu den Aufgaben eines Parlaments, zu verhindern, dass wir Gesetze annehmen, die überregulieren. Da das Volk über eine Verfassungsänderung abstimmen würde, wäre einer solchen Regulierungsbremse zusätzliche demokratische Legitimation verliehen. Das Beispiel Schuldenbremse zeigt, dass mit solchen vom Stimmvolk beschlossenen Hürden, das Parlament wirksam diszipliniert werden kann.

Doch anstatt zum Abschluss dieser Legislatur ein starkes Zeichen für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu setzen, versenkte der Nationalrat die Regulierungsbremse und beschloss – wie schon der Ständerat – ein Nichteintreten zur Vorlage. Ich bedaure diesen Entscheid, denn unsere kleinen und mittleren Unternehmen sind das Rückgrat unserer Volkswirtschaft – eine Regulierungsbremse wäre ein wichtiges Signal gewesen.

Rückblick Apéro Fédéral vom 25.9.23 im Bundeshaus in Bern

Der Apéro Fédéral im Bundeshaus war für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer wohl ein spezielles Erlebnis. Es war mir eine besondere Freude, neben meinen rund 40 Gästen auch den Nationalratspräsidenten Martin Candinas als Gast bei der Führung in der Kuppelhalle und beim Apéro dabeizuhaben. Die vielen Gespräche und der wertvolle Austausch habe ich sehr geschätzt. Hier (<https://www.maja-riniker.ch/aktuelles/apero-federal>) finden Sie eine Bilderauswahl zu diesem 7. Apéro Fédéral.

Wahlkampf - Jetzt gilt es ernst!

Vor wenigen Tagen sind die Wahlunterlagen angekommen, der Schlusspurt hat bereits begonnen. Nun gilt es, wählen zu gehen und Ihr ganzes persönliches Umfeld zu mobilisieren. Am 22. Oktober findet die Wahlfeier der FDP Aargau im Restaurant Einstein ab 16 Uhr statt. Es würde mich freuen, dann mit Ihnen anstossen zu dürfen.

Weitere Infos zu meiner Wahlkampagne finden Sie hier: <https://www.maja-riniker.ch/wahlen-23/unterstuetzung-kandidatur>

Vorstösse und Voten aus der Session:

- 12.09.2023: Fragestunde, [Sind die Mehrkosten der Physiotherapie eine politisch gewollte Folge der Umsetzung des Grundsatzes "ambulant vor stationär"?](#)

**Anmeldung:
Unterstützungskomitee Maja
Riniker**



Maja Riniker

Postfach, 5034 Suhr

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.
Sie erhielten diese E-Mail, da Sie Sich für meinen Newsletter angemeldet haben.

[Abmelden](#)